

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Poststellen an. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Veränderungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Poststellen an. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 196

Mittwoch, den 22. August 1928

23. Jahrgang

Poincaré rührt sich

Will Frankreich keine Verständigung?

Diese Woche wird zwei wichtige Kabinettsitzungen folgen, die beide der Vorbereitung der Pariser Unterzeichnungsfestlichkeiten und der Vorbereitung der Genfer Verhandlungen gewidmet sein werden.

In Frankreich wird das Kabinett, entgegen allen Versicherungen, wohl auch über diese Probleme am Donnerstag beraten. Denn in Paris wird man sich ja nicht im Unklaren darüber sein, daß man bei einer Zusammenkunft der Außenminister schließlich nicht ausschließlich von den Schwierigkeiten der französischen Hauptstadt und von den Reiseerlebnissen der verschiedenen Minister sprechen kann, sondern daß bei einer derartigen Zusammenkunft naturgemäß auch die Probleme der großen Politik erörtert werden müssen. Das wird allerdings nicht in offiziellen Verhandlungen geschehen, sondern in Besprechungen unverbindlicher Natur. Man will übrigens auch wissen, daß Poincarés Bemühungen da, auf geräucherter See, seine Ausschaltung bei den Besprechungen Brindals unter allen Umständen zu verhindern; der französische Ministerpräsident wollte durch das Kabinett

Nichtlinien für den französischen Außenminister aufstellen lassen, sobald Brindal mit gebundener Marschroute nach Genf gehen würde.

Am Mittwoch wird sich voraussichtlich das deutsche Kabinett mit den außenpolitischen Problemen beschäftigen. Eine sehr wesentliche Rolle wird bei den Erörterungen naturgemäß die Frage der Rheinlandeinnahme spielen. Man nimmt zwar in gut unterrichteten Berliner Kreisen nicht an, daß diese Frage bereits in Paris angeschnitten werden wird, zumal die in Paris zur Verfügung stehende Zeit allzu kurz erscheint. Bei den Genfer Besprechungen aber dürfte man deutscherseits gar keinen Zweifel daran lassen, daß es sich nicht um die frühere Räumung der zweiten Zone oder irgendeines Gebietsteiles allein handeln kann, sondern um das Gesamtproblem.

da die Besetzung als schwerstes Hindernis für die Verständigungspolitik betrachtet wird. Es erscheint unter diesen Umständen auch ausgeschlossen, daß deutscherseits für eine frühere Räumung der zweiten Zone irgend welche Gegenleistungen geboten werden könnten.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Kabinett irgend welche besonderen Richtlinien für den Reichsaussenminister aufstellen wird, zumal in den außenpolitischen Fragen weitgehende Übereinstimmung im Kabinett besteht.

Es bleibt bei so viel Vorbereitungen für die Pariser und Genfer Tagungen schließlich noch die Frage zu erörtern, ob mit irgend welchen größeren Ergebnissen zu rechnen ist. Hier scheint ein sehr starkes Mißtrauen am Platze zu sein.

In der Schulden- und Reparationsfrage ist mit irgendeinem Fortschritt sicherlich nicht zu rechnen. Es ist ja wiederholt betont worden, daß diese Probleme ruhen müssen, bis der neue amerikanische Präsident sein Amt übernommen haben wird, was erst im Frühjahr des nächsten Jahres der Fall sein wird.

Aber auch in der Räumungsfrage wird man leider mit für Deutschland günstigen Ergebnissen nicht rechnen können. Die französische Presse hat so oft und so nachdrücklich betont, daß an eine vorzeitige Räumung der Rheinlande ohne sehr erhebliche deutsche Gegenleistungen nicht zu denken ist, daß kein französischer Staatsmann es wagen wird, sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen. Und ein Nachwort können wir ja nicht sprechen. Außerdem stehen England und Frankreich nach dem Abschluß ihres neuen Bündnisses in der Räumungsfrage fest zusammen. So wird man, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht damit rechnen können, daß Dr. Stresemann große Erfolge aus Paris und Genf heimbringt.

Die neue Entente Cordiale besteht.

Mißeinstimmung in Rom und Washington.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen über die beiden Kabinettsitzungen sind auch die folgenden Zeilen interessant:

In der gesamten Weltpresse beschäftigt man sich seit einiger Zeit eifrig mit der Politik des englischen Außenministers. Man glaubt Grund genug zu der Annahme zu haben, daß London eine Schwächung vollziehen hat und daß sich England wieder in weitgehendem Maße Frankreich genähert hat. Man verweist auf das ja noch immer von einem

geheimnisvollen Dunkel umgebene englisch-französische Flottenkompromiß, man führt als weiteren Beweis das Zusammenwirken englischer und französischer Truppen in gemeinsamen Manövern im besetzten Gebiet an.

Kein Wunder, daß man unter solchen Umständen in Rom etwas nervös geworden ist, da man immer mehr den Eindruck gewinnt, daß die englische Politik sich von Rom fort auf Paris orientiert. Aber auch in Washington ist man von den letzten Schritten der englischen Politik unangenehm berührt; man glaubt, daß nicht nur in der Abrüstungsfrage eine weitgehende englisch-französische Einigung erzielt worden ist, sondern daß auch in der Schuldenfrage London und Paris gemeinsam gegen Washington stehen werden.

Es ist nun recht bemerkenswert, daß die Vermutungen über eine Wiederbelebung der alten „Entente cordiale“ auch in der französischen Presse bestätigt werden und zwar von Herrn Seydoux, der während des Ruhrkrieges Poincarés rechte Hand war und der zum französischen Auswärtigen Amt auch heute noch sehr gute Beziehungen unterhält. Auch Seydoux stellt in einem Artikel, den der „Petit Parisien“ veröffentlichte, fest, daß die letzte Reise des Generalsekretärs des französischen Auswärtigen Amtes Verhelot nach England die Entente noch verstärkt habe und daß das englisch-französische Flottenabkommen gewissermaßen die Krönung dieses Werkes darstelle. Wenn er des Weiteren an die Vorliebe Chamberlains für Frankreich erinnert, so sagt er damit allerdings nichts Neues, hat man doch früher schon einmal von Chamberlain gesagt, daß es für die englische Politik gut wäre, wenn der Außenminister ebenso gut amerikanisch spräche, wie er französisch spricht. Auch Chamberlain selbst hat ja aus seinen freundschaftlichen Gefühlen Frankreich gegenüber nie ein Hehl gemacht. Seydoux kommt zu dem Schluß, daß man in England die Gefahren, die aus einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland für England erwachsen könnten, rechtzeitig erkannt habe und sich deshalb lieber Frankreich zugewandt habe, das bei einer allgemeinen Verständigung den Gedanken der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland zugunsten Englands opfern werde.

So bestätigt auch dieser Artikel, daß die Meldungen über eine Wiederbelebung der Entente nicht aus der Luft gegriffen sind.

Vorbereitungen für Paris und Genf.

Die Berliner Vorbereitungen für die Reise nach Paris und Genf sind getroffen. Dr. Stresemann wird auf seiner Reise nach Paris nur von seinem Sekretär, Konful Bernhardt, und dem Vortragenden Legationsrat Riedhammer begleitet sein. Die Witnahme weiterer Beamter des Auswärtigen Amtes ist nicht beabsichtigt.

Am 28. August abends wird Dr. Stresemann die französische Hauptstadt verlassen, um nach Genf zu reisen, wo am 29. die Tagung des Völkerbundes beginnt.

Zu einem etwas früheren Termin wird die deutsche Delegation für die Völkerbundstagung unter der Führung des Staatssekretärs von Schubert sich nach Genf begeben. Wie im vergangenen Jahre werden außer den Referenten des Auswärtigen Amtes auch Mitglieder des Reichstags zur deutschen Delegation gehören und in die einzelnen Kommissionen entsandt werden. Es sind laut „Vossischer Zeitung“ von der Regierung zum Eintritt in die Abordnung eingeladen worden: Graf Bernsdorff, der frühere demokratische Abgeordnete, ferner Abgeordneter Dr. Breitfeld von der Sozialdemokratie, Abgeordneter Dr. Kaas vom Zentrum, Abgeordneter von Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) und Abgeordneter Lind-einer-Wilken, der Vorsitzende der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, von dem aber eine zusage Antwort bisher nicht eingegangen ist.

Neue Verhaftungen

in der Kriegsanleiheaffäre.

Die Untersuchungen in der Kriegsanleihebetriebsaffäre haben einer Korrespondenz zufolge zu neuen Feststellungen geführt, auf Grund deren drei weitere Personen in Untersuchungshaft genommen worden sind. Ueber ihre Personalien werden seitens der Behörden strenges Stillschweigen bewahrt. Es handelte sich bei den Verhafteten um einen Personenkreis, der an den Verschuldigungen gegen den früheren Sekretär von Hugo Stinnes junior, von Baldwin interessiert sei, und von dem den Untersuchungsbehörden anfangs in dem Falle Baldwin Fingerzeige gegeben worden seien.

Was will die Interparlamentarische Union?

Zur Berliner Konferenz der Union vom 23. bis 28. August.

Als zum ersten Male vor dem Kriege im Jahre 1908 die Interparlamentarische Union ihren Kongress in Berlin abhielt, wieserte sich Kaiser Wilhelm, im Gegensatz zu den monarchischen Oberhäuptern anderer Staaten, die Teilnehmer der Konferenz zu empfangen. Der Grund dafür lag weniger in der Ablehnung des Kaisers gegen die Ziele und Bestrebungen der Union, als vielmehr darin, daß er grundsätzlich nicht Mitglieder sozialistischer Parteien empfing, von denen eine große Zahl der Interparlamentarischen Union angehörte. Aber auch in anderen Ländern waren vor dem Kriege die Union und ihre Veranstaltungen Angelegenheiten, über die man mit kurzen Bemerkungen zur Tagesordnung hinwegging, wiewohl sie auch in den 28 Jahren, die sie bei Ausbruch des Weltkrieges schon bestand, zahlreiche, sehr weit greifende Anregungen gegeben und Gedanken zur Durchführung gebracht hatte. Sind doch ihrer Anregung in erster Linie die Haager Friedenskongresse der Jahre 1899 und 1907 zu verdanken.

Immerhin stellt sich die Union jetzt doch als ein unglaublich viel bedeutenderer Faktor des weltpolitischen Lebens dar und die Aufmerksamkeit, die man ihr und ihren Tagungen zollt, ist ein Beweis dafür, wie stark das moralische Gewicht dieser Vereinigung, die nun gerade 40 Jahre alt ist, gewachsen ist.

Ihre allgemeinen Ziele wurden schon in der ersten Besprechung zwischen den gedanklichen Urhebern der Union, die 1888 einander in Paris trafen, um im nächsten Jahre, dem großen Pariser Weltausstellungsjahr, die Union offiziell zu begründen, in großen Zügen festgelegt. Es handelte sich um die möglichst nachdrückliche Förderung der Idee der Schiedsgerichtsbarkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Es bedarf keiner ausführlicheren Darlegung, inwieweit trotz der Kriegskatastrophe diese Idee sich inzwischen durchgesetzt hat. Aufgabe und Wicht der Interparlamentarischen Union und ihrer Konferenzen ist jedoch, die Praxis der schiedsrichterlichen Verständigung in allen möglichen Streitfragen immer mehr zu erweitern und zugleich auf alle nur möglichen Sondergebiete auszudehnen, deren Einbeziehung in internationale Besprechungen bisher noch allzu leicht und allzu häufig als Eingriff in die Staatssouveränität aufgefaßt wurde.

Gerade in dieser Hinsicht steht auf dem Programm der kommenden Berliner Tagung ein ganz besonders interessanter Verhandlungspunkt, nämlich die Beratung des Ein- und Auswanderungsproblems. Der kurze Kommentar des Mitgliedes der ständigen Kommission für soziale Fragen, des Stupschina-Abgeordneten Dr. Secerov, sagt darüber, daß „in Anbetracht der großen Bedeutung der Wanderungsfrage als Weltproblem und in der Erwägung, daß jedem Staat kraft seiner Souveränität das Recht zusteht, die Einwanderung für sein Gebiet zu regeln, sowie in der Erwägung, daß die in Ausübung dieses Rechts getroffenen Maßnahmen durch ihre Rückwirkungen auf die allgemeinen Lebensbedingungen und den Wohlstand anderer Staaten die guten Beziehungen zwischen Nationen und deshalb den Völkerfrieden fördern können, daß deshalb die 25. Interparlamentarische Konferenz den Wunsch ausdrückt, daß die Staaten zweiseitige Verträge abschließen, die geeignet sind, entgegengesetzte Ansichten zu versöhnen und die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Auswanderers sicher zu stellen.“

Dieser Entschlussesentwurf, an dem sich auf der Berliner Konferenz noch höchst interessante Erörterungen knüpfen dürften, ist ein Musterbeispiel für die Arbeitsmethoden und die Arbeitsziele der Union, die auf solche Weise den großen Völkergemeinschaftsgedanken fördert und damit der Praxis der Parlamente sowohl, wie des Völkerbundes den Weg ebnet.

In dieser Stellung zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten und dem Völkerbund liegt praktisch wohl die Hauptbedeutung der Union. Das weite Feld zwischen den Grenzen, die den Parlamenten gezogen sind, und denen, die der Völkerbund vorläufig noch aus Rücksicht auf seine offizielle Stellung anerkennen muß, ist so erfüllt von Hindernissen, von Möglichkeiten zu Mißverständnissen, von falschen Empfindlichkeiten und unfruchtbaren Eifersüchteleien, daß — um ein historisches Wort abzuwandeln — die Interparlamentarische Union erfunden werden müßte, wenn sie noch nicht existierte, um diese Hindernisse zwischen den Staaten und dem Genfer Organ der universalen Staatengemeinschaft wegzuräumen und ihnen den Weg zu einander zu ebnet.